



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wählen gehen! +++ Hapag-Lloyd +++ Recht auf Stadt +++ Partymeilen +++ »Sportstadt Hamburg« +++ Kulturtipps

Dem Politikwechsel zwei Stimmen geben!



SympathisantIn plakatiert im Schatten des Centro Sociale

Eine Woche trennt uns von der Bundestagswahl, in denen alle Parteien voraussichtlich noch einmal alle Kräfte mobilisieren werden, um ein gutes Wahlergebnis zu erzielen. Mit zahlreichen Infotischen und Veranstaltungen in Hamburg-Mitte, mit Plakaten, zwei flächendeckenden Verteilungen und einer aufwändigen Postkartenaktion haben wir versucht, die Positionen der LINKEN – sowohl der Listen- als auch der DirektkandidatInnen – den Menschen bekannt(er) zu machen. Auch wenn der »Wahlkampf« bis zuletzt ein wenig lahmte, hoffe ich doch, dass die WählerInnen in unserer Partei eine Alternative zur überlieferten Politik erkennen und unser Engagement vor

Ort, auf Bezirks- und Bürgerschaftsebene durch eine entsprechende Stimmabgabe würdigen.

Was gilt es zu entscheiden? Es geht um die Befürwortung oder Ablehnung des schwarz-gelb-orange-grünen Kurses: der Umverteilung von unten nach oben, der Krisenabwälzung auf die einkommensschwächeren Kreise, der Fortsetzung des Sozialabbaus und der Hartz-IV-Politik, des Lohndumpings und der schleichenden Auflösung des Tarifsystems, der Aufrüstung und des Kriegseinsatzes in Afghanistan, der widersprüchlichen Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik, der völlig unzureichenden Schaffung neuer Sozialwohnungen, der

mangelnden Beteiligung von BürgerInnen auf allen Ebenen, des Abbaus demokratischer Rechte etc. ...

Wer das alles nicht möchte, wer


- für ein sozialökologisches Wachstum und
- die Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze,
- für einen gesetzlich verankerten Mindestlohn in Höhe von 10 Euro,
- für armutsfeste Altersrenten und eine Altersgrenze von 63 bzw. 65 Jahren,
- für die besondere Förderung benachteiligter Regionen und Stadtteile,
- für eine transparente Politik und Volksentscheide auf allen Ebenen,
- für das Verbot der NPD,
- für eine friedensorientierte Außenpolitik ohne Waffengeklirr ist,

sollte sich für einen Politikwechsel stark machen und mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen.

Bei der Bundestagswahl geht es natürlich nicht nur um die Stimmabgabe für die »richtige« Partei, es geht auch um die Wahl der DirektkandidatInnen. Im Wahlkreis 19 (Hamburg-Mitte) sind meine KonkurrentInnen um das Bundestagsmandat Johannes Kahrs (SPD), Farid Müller (GAL/Grüne), David Erkalp (CDU), Lothar Hänsch (FDP) und Jürgen Rieger (NPD). Kahrs und Müller werben auf ihren Wahlplakaten gezielt um die Erststimme, also die Stimme für sie als Direktkandidaten. Während Kahrs offen als Rechtsaußen in der SPD, Rüstungslobbyist und Kriegsbefürworter daher kommt und in seinem Residenzbezirk Hamburg eine grausliche Personalpolitik in der SPD betreibt, präsentiert sich Müller als der smarte, allen Seiten entgegenkommende Typ von nebenan. Doch auch Farid Müller ist seit langem im üblichen Politsprech angekommen: Er ist »grundsätzlich« für ein NPD-Verbot, aber eben nicht sofort. Er plädiert gegen den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und möchte lieber einen »Kurswechsel der militärischen Operationen«. Er steht der Videoobservierung »skeptisch« gegenüber und verkauft als grünen Erfolg in Hamburg, die »Ausweitung der Videoüberwachung verhindert« und »die Evaluation der bestehenden Einrichtungen konkretisiert« zu haben. Seine Partei treibt zusammen mit der SPD das Projekt Shared Space für die Lange Reihe gegen die harschen Einwände aus St. Georg voran, er selbst tritt dagegen als Vertreter von Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden auf. »In der schwarz-grünen Koalition, die das Kuschneln zum obersten Prinzip erklärt hat, fühlt sich Müller sichtbar wohl«, heißt es im schwulen Stadtmagazin »Hinnerk« vom September 2009.

Mein Eindruck aus den vielen Wahlkampfauftritten in Hamburg-Mitte: Viele BürgerInnen sehen zwar mehr und

 **DIE LINKE. stärken!**

 **Im Wahlkreis 19 gibt es die Wahl zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern.**

**Dem Politikwechsel ein Chance geben:
Beide Stimmen für DIE LINKE | Joachim Bischoff**

mehr kritisch auf die schwarz-grüne Regierungspraxis, aber die negativen Seiten werden vor allem bei dem größeren Koalitionspartner CDU abgeladen. Die CDU steht für das Drama der Kosten bei der Elbphilharmonie, die Phantasieprojekte einer Uni-Verlagerung in den Hafen, den Autobahnbau in Wilhelmsburg, den Superunsinn einer Doppelrennbahn in Horn, den verschwenderischen Umgang mit Steuergeldern und die teure Rettungsaktion für den gescheiterten Casino-Ausflug der HSH-Nordbank.

Der GAL/Grünen verzeihen viele das Kohlkraftwerk Moorburg und selbst die Beibehaltung der Studiengebühren. In Hamburg sind die Grünen keineswegs bloß Anhängsel an eine konservative bürgerliche Politik, sondern sie sind in der Koalition die eigentlichen Treiber. Ich bin gespannt, ob sich diese Verwicklung in eine an überlebten Strukturen festhaltende Politik im Wahlergebnis niederschlägt.

Wer den Schmusekurs der GAL/Grünen ablehnt, wird nicht umhin können, sich bei der Wahl links zu halten, bei der Zweit- wie auch der Erststimme.

Zu meinen letzten Veranstaltungen vor der Wahl gehört ein Diskussionsabend bei der Stadtteilgruppe der LINKEN in St. Pauli. Er findet am **Dienstag, dem 22. September, um 19.30 Uhr** im Haus der »Grauen Panther Hamburg e.V.« in der **Lerchenstraße 37** statt. An diesem Abend will ich noch einmal die Frage »**Was will DIE LINKE?**« beantworten. Ich lade alle Interessierten aus St. Pauli und natürlich auch aus Hamburg-Mitte ein, kurz vor »Toresschluss« Argumente auszutauschen und »letzte« offene Fragen zu debattieren, um ein gutes Wahlergebnis zu erreichen.

Am Abend der Bundestagswahl zieht DIE LINKE mit ihren FreundInnen und WählerInnen Bilanz: Erste Hochrechnungen und Ergebnisse sollen gemeinsam verfolgt, bewertet und (hoffentlich) gefeiert werden am Sonntag, den 27. September, ab 18 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20. Ich bin sicher: Vor dem Großbildschirm werden wir erleben, dass DIE LINKE einen weiteren Schritt nach vorne macht und die Forderung nach einem Politikwechsel ein eindrucksvolles Votum einfahren wird – auf Bundesebene und auch in Hamburg!

Wer an den Positionen der Linken auf Bundes- und Landesebene, der Bürgerschaftsarbeit der Linksfraktion und meinem Engagement interessiert ist, findet Analysen, Argumente und Einschätzungen unter

**www.die-linke.de, www.die-linke-hh.de,
www.linksfraktion-hamburg.de, www.joachim-bischoff.de**

Hapag-Lloyd: ein MEGA-Sanierungsfall



Das Containerschiff COLOMBO EXPRESS auf seiner Jungferreise im Hamburger Köhlbrand

Die Weichen zur Sanierung der Reederei Hapag-Lloyd sind gestellt. Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat einstimmig dem vorgeschlagenen Rettungspaket zugestimmt. Auch ich habe mich für die Fraktion DIE LINKE in den letzten Wochen bei vielen Verhandlungsrunden, in diversen Ausschüssen und Gesprächen (darunter auch mit dem Betriebsrat) für das Rettungspaket eingesetzt. Entscheidender Grund: An der ökonomischen Existenz der Reederei hängen direkt oder indirekt zehntausende Arbeitsplätze in der Metropolregion Hamburg. Hapag-Lloyd leidet wie alle Reedereien weltweit unter dem Rückgang des Warentransports, hohen Überkapazitäten und niedrigen Frachtraten. Die Reederei hat nicht im berühmten Finanzcasino viel Geld verloren, sondern ist ein Opfer der Wirtschaftskrise und der nachfolgenden Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft.

Hapag-Lloyd ist ein Mega-Sanierungsfall, weil wir uns in der Größenordnung von öffentlicher Unterstützung wie bei OPEL bewegen. Sanierung heißt: Ohne ein Finanzpaket von 2,1 Milliarden Euro wäre die Insolvenz der Reederei bereits in den nächsten Monaten unvermeidlich. Und die Sanierung ist kein einfacher Spaziergang. Über einen Zeitraum bis 2013 soll das Unternehmen in die Lage versetzt werden, die anstehende weitreichende Neuordnung des Warentransportes durchzustehen.

Ich berichte im BürgerInnenbrief darüber, weil zum einen bei der grundlegenden Kritik an vielen Projekten der schwarz-

grünen Koalition auch wichtig ist, dass DIE LINKE sich massiv für bestimmte Projekte einsetzt. Der oft im Wahlkampf angebrachte Vorwurf, wir scheuten die Verantwortung und zögen die populistische Rhetorik vor, ist unzutreffend. Ein weiterer Grund für die Information über diesen Sanierungsfall: Der Großteil der Hamburger BürgerInnen – so mein Eindruck – weiß von der bedrohlichen Situation nichts.

Den Hamburgern geht es wie den BundesbürgerInnen insgesamt: Sie blicken optimistischer in die Zukunft als noch vor ein paar Monaten – dies hat eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK unter 2.000 BürgerInnen ergeben. Nur 28% der Befragten zeigten sich davon überzeugt, dass das Schlimmste der Krise erst noch bevorstehe, im Frühjahr waren es noch 42% gewesen. Auch die Zahl der Optimisten stieg: Während im Frühjahr lediglich 6% davon ausgingen, dass das Schlimmste überstanden sei, waren es bei der jüngsten Befragung 15%. BürgerInnen in den neuen Bundesländern und Personen mit niedrigen Einkommen schätzen die Lage deutlich schlechter ein als Westdeutsche und gut Verdienende.

Zum Rettungspaket für Hapag-Lloyd gehört, dass Hamburg 352 Mio. Euro zur Stärkung des Eigenkapitals aufbringt. Insgesamt wollen die Anteilseigner – der Reiseanbieter TUI (43%) und das Konsortium »Albert Ballin« (57%), zu dem neben der Stadt Hamburg u.a. der Logistik-Unternehmer Klaus-Michael Kühne und die HSH Nordbank gehören – die Reederei mit 923 Mio. Euro stärken. Zudem bewilligte das Hamburger

Parlament eine Landesbürgerschaft von 540 Mio. Euro. Teil des Rettungspakets ist der geplante Verkauf der Firmenzentrale am Ballindamm.

Die Reederei stößt allerdings mit der von Bund und Land erbetenen Milliarden-Bürgerschaft gegenwärtig noch auf Schwierigkeiten mit dem EU-Wettbewerbsrecht. Auch die Bundesebene ziert sich, den anderen Teil der Bürgerschaft von erneut 540 Millionen Euro zu übernehmen. Weil die beantragte Staatshilfe von 1,2 Mrd. Euro (davon Hamburg 540 Mio. Euro) die jährlichen Personalkosten deutlich übersteigt, kann die Garantie nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland gewährt werden.

Der Sparplan und die Risiken

Das Unternehmen selbst und seine Beschäftigten müssen mehr als 600 Mio. Euro einsparen. Betriebsrat und Management haben sich dazu auf einen Sparplan geeinigt. Zentrale Punkte der Betriebsvereinbarung sind der Abbau von 120 der insgesamt 1.100 Arbeitsplätze in Deutschland bis Ende 2010, die Verlängerung der im Mai begonnenen Kurzarbeit bis Ende April 2010 sowie Gehaltskürzungen. Die Vorstände des Unternehmens müssen demnach auf 20% ihrer Jahresbezüge verzichten, die tariflich Beschäftigten bekommen 5% weniger. Die Tarifierhöhungen von 2009 und 2010 werden mit zusätzlichen Leistungen der Reederei verrechnet.

Allerdings wurde schon kurz nach Bekanntgabe dieser Betriebsvereinbarung über weitergehende Sparpläne berichtet. Hapag-Lloyd will im kommenden Jahr angesichts eines Verlustes im hohen dreistelligen Millionen-Bereich statt 600 Mio. Euro bis zu 900 Mio. Euro weniger ausgeben. Die zusätzlichen Einsparungen sollen zum größten Teil die Kosten im Schiffsbetrieb betreffen. Ein Personalabbau, der über die bereits beschlossenen Schritte hinaus geht, sei allerdings derzeit nicht geplant.

Trotz des verschärften Sparkurses dürfte Hapag-Lloyd nicht so schnell aus der Verlustzone kommen. Für dieses Jahr wird intern ein Verlust von rund 900 Mio. US-Dollar erwartet. 2010 sei mit einem Minus von bis zu 500 Mio. US-Dollar zu rechnen. 2011 soll dann mindestens ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erzielt werden.

Die ständigen Nachbesserungen bei den Sanierungskonzepten erklären sich aus den dramatischen Einbrüchen beim Welthandel und dem damit einhergehenden Verfall der Frachtraten seit dem vergangenen Jahr.

- So ist der Güterumschlag der Seeschifffahrt in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 um 20,3% zurückgegangen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 129,4 Mio. Tonnen Güter in deutschen Seehäfen umgeschlagen, im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 162,4 Mio. Tonnen.
- Noch negativer als der Gesamtumschlag entwickelte sich der Containerverkehr. Hier war gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 eine Abnahme von knapp 26% zu verzeichnen.
- Der Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt lag im ersten Halbjahr 2009 auf Euro-Basis gerechnet um 38,2% un-

ter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Der Wechselkurs des US-Dollars gegenüber dem Euro lag im ersten Halbjahr 2009 um 14,9% über dem Niveau des ersten Halbjahres 2008; da circa 75% der Frachtraten in US-Dollar gemeldet werden, wurde der Preisverfall durch die Wechselkursentwicklung gedämpft: Ohne diesen Wechselkurseffekt wären die Frachtraten noch deutlicher gesunken.

- Es kommen noch immer neue Containerschiffe, die vor Jahren bestellt wurden, auf den Markt – obwohl weltweit bereits mehr als 500 solcher Frachter ohne Beschäftigung festliegen. Auch bei Massengutfrachtern und Tankern bestehen Überkapazitäten. Mehr als 1.000 neue Containerfrachter stehen in den Orderbüchern der Werften rund um die Welt – zusätzlich zu den rund 4.700 Containerschiffen, die bereits am Markt sind. Viele Neubaufträge sind bereits geplatzt, viele weitere werden folgen. Grobe Schätzungen in der Branche lauten, dass etwa die Hälfte aller bestellten Schiffe angesichts der Bankenkrise keine solide Finanzierung mehr besitzt. Die ausstehenden Kredite der Banken für Schiffsfinanzierungen summieren sich derzeit auf rund 200 Mrd. US-Dollar, und die Aussichten für die Schifffahrtsbranche sind ausgesprochen schlecht. Deswegen vergeben die Banken derzeit keine Schiffskredite.

Aktives Krisenmanagement und Mitarbeiterbeteiligung

Selbst wenn das ökonomisch und politisch alternativlose Rettungspaket für Hapag-Lloyd durch die Bundesregierung und die EU-Kommission abegesenet wird, bleiben Risiken für die Zukunft des Unternehmens und der Metropolregion Hamburg. Deshalb muss der Sanierungsprozess von der Stadt aktiv begleitet werden, was bedeutet, dass der Senat nicht einfach abwarten darf, ob und wie sich das Unternehmen aus dem schweren Fahrwasser herausbewegt, sondern sich als Miteigentümer und Bürgerschaftsgeber aktiv engagiert. Weil dies eben in den aktuellen Mega-Sanierungen in der Regel nicht der Fall ist, ist die Forderung der Gewerkschaften verständlich, den Beschäftigten dauerhaft größere Rechte einzuräumen.

Die IG Metall setzt sich bei Opel, Daimler, Schaeffler, VW und anderswo für eine Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen ein: »Wir wollen die Möglichkeiten der Mitwirkung der Belegschaften erweitern, die sollen etwas zu sagen haben in den Unternehmen.« Auch für Hapag-Lloyd könnte dies eine Option sein. Beschäftigte sind gute Miteigentümer, weil sie am langfristigen Unternehmenserfolg interessiert sind. Die Beteiligung – deren Höhe je nach dem jeweiligen Unternehmen zwischen einem und zehn Prozent schwanken kann – verlangen sie auch als Gegenleistung für in der Krise erbrachte Opfer. Das wesentliche Interesse der ArbeitnehmerInnen an einer Beteiligung besteht in der Möglichkeit, mehr Einfluss auf die Stabilisierung der Arbeitsplätze nehmen zu können. Wir brauchen ein Gegengewicht gegen den Angriff der Finanzinvestoren auf die Unternehmen. Lohnabhängige verfolgen ein anderes Modell als der nackte Shareholder-Value-Kapitalismus.

Es tut sich was: Recht auf Stadt

Gut 300 WilhelmsburgerInnen samt 16 Pferden und einer Ziege demonstrierten am 13. September gegen die Autobahnpläne der grünen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk; eine Woche später lautet das Motto der nächsten Aktion »Hamburgs Süden auf der Flucht« vor einer menschenfeindlichen, antiquierten und kurzsichtigen Verkehrsplanung. Wilhelmsburgs Initiativen, vorneweg der Verein Zukunft Elbinsel, sind auf Zinne!

Zwei Tage später finden sich im Stadtteiltreffpunkt »Centro Sociale« im Schanzenviertel rund 120 TeilnehmerInnen aus 18 Initiativen und Vereinen ein, die ihr »Recht auf Stadt« einklagen und ideenreich gegen die Gentrifizierung angehen. Vertreten sind die Gängeviertel-Ini (Neustadt), die Wasserturmini (Schanze), No BNQ (= No Bernhard-Nocht-Quartier, St. Pauli), Kein IKEA (Altona), der alternative Einwohnerverein (St. Georg), aber auch umweltverbundene Gruppen wie die Isebek-Ini (Hoheluft/Eimsbüttel). Es wird beschlossen, die gegenseitige Vernetzung auszubauen und auch auf gemeinsame Aktivitäten zu orientieren.

Am 18. September ziehen rund 300 Menschen – unter ihnen viele RollstuhlfahrerInnen – vom Hachmannplatz zum Gerhart-Hauptmann-Platz, um für den beschleunigten barrierefreien Ausbau aller alten U- und S-Bahnhaltestellen (zehn pro Jahr), die Berücksichtigung der Interessen von SeniorInnen und Behinderten bei der Schaffung neuer Haltestellen und die Einbeziehung der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. (LAG) zu demonstrieren. Erstmals hatten die LAG, die Hamburger Landesverbände des

Sozialverbandes Deutschland und des Sozialverbandes VdK Deutschland, der Landes-Senioren-Beirat sowie Autonom Leben e.V. zu einer gemeinsamen Veranstaltung für die o.a. Forderungen aufgerufen.

Angesichts dieser Aktivitäten, an denen Mitglieder der LINKEN beteiligt sind, ist es nicht übertrieben zu formulieren: Es tut sich was in der Stadt!

Wer weitere Brennpunkte der Stadtteilentwicklung in Hamburg näher kennenlernen will, der und dem seien zwei weitere Veranstaltungen empfohlen, die die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN im Rahmen ihres zehnteiligen Erkundungsprogramms durchführt:

- Am 22.9. geht es um »IKEA: Wir sind schon da! Das Bahnhofs Gelände in Altona und der Frappant-Komplex«. Durch das Gelände führt der Bezirksabgeordnete Michael Sauer, begleitet von Norbert Hackbusch (MdHB). Treffpunkt ist um 17 Uhr der Bahnhof Altona (Ottenser Hauptstraße).
- Am 26.9. gibt es eine Fahrradtour durch Billstedt und Mümmelmannsberg unter dem Motto »Hinterm Horizont geht's weiter«. Es geht um die Probleme dieser Großsiedlungen im Hamburger Osten, um Hochhäuser, Hafenschlick und Eigenheime. Geführt wird die Tour vom Journalisten Ingo Böttcher, begleitet von Kersten Artus (MdHB). Startpunkt für diese Unternehmung per Fahrrad ist um 15 Uhr die U3-Station Legienstraße.

Das Gesamtprogramm der Rundgänge und Radtouren (die Teilnahme kostet nichts, eine Anmeldung ist nicht erforderlich) gibt es im Netz unter www.linksfraktion-hamburg.de.



Auf der Demo am 18. September

Die Partystadt und Nöte der AnwohnerInnen



»Gastro-Wagen«, der neueste Hit nicht nur auf den Partymeilen

Niemand wird bestreiten, dass der Tourismus ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für die Freie und Hansestadt Hamburg ist. Rund 90 Mio. private und 21 Mio. geschäftliche Tagesreisen 2006, aber auch der Zuwachs von 4,65 Mio. Übernachtungen im Jahre 1999 auf 7,73 Mio. 2008 unterstreichen seine Bedeutung. Die »Querschnittsbranche Tourismus« soll laut einer Senats-Drucksache vom 4.9.2009 insgesamt 102.000 Vollzeit Arbeitsplätze sichern.

Was von Seiten des Senats bei der Propagierung der »Marke Hamburg« allerdings vollständig vernachlässigt wird, sind die Auswirkungen und Emissionen, die der Massentourismus in den besonders betroffenen Quartieren hinterlässt. »Stadtteile wie das Schanzener- oder das neu aufgewertete Karoiviertel, St. Georg und Ottensen locken ihre Kundschaft mit jungen Designern, ausgefallenen Trendshops und flippigen Szeneläden«, heißt es in der Drucksache. Und weiter: »Durch umfangreiche Investitionen des Einzelhandels in die Fassaden und Gebäude, eine professionelle Vermarktung durch das City Management sowie Genehmigungen von attraktiver Außengastronomie hat Hamburgs Innenstadt samt der boomenden HafenCity und der attraktiven Elbmeile viel an internationalem Flair und pulsierendem Leben gewonnen.«

Wie stellte sich das »pulsierende Leben« in den Sommermonaten auf dem Schulterblatt und der Susannenstraße in der Schanze, der Marktstraße im Karoiviertel und der Langen Reihe in St. Georg konkret dar? Ströme von TouristInnen und das sich damit mischende Partypublikum beherrschen an den Abenden die Szenerie und treiben die AnwohnerInnen in die Treffpunkte der Nebenstraßen. Cafés und Kneipen schieben aus dem Boden und verdrängen infolge massiv erhöhter

Ladenmieten die Nahversorgungsgeschäfte. Die »Außengastronomie« sorgt tagsüber auf den Gehwegen für ein Spießrutenlaufen der mit Einkaufstüten beladenen Menschen aus der Nachbarschaft, der Kinderwagen schiebenden Eltern, der RollifahrerInnen usw. und des Nachts für langanhaltende Ruhestörungen. Bezeichnenderweise finden sich zu diesen Aspekten in dem Dokument des Senats keinerlei Hinweise.

Aber nicht nur die Gäste der Stadt, sondern vor allem die BewohnerInnen und die kleinen Gewerbetreibenden in den Quartieren haben ein Recht auf Stadt und auf ihren Stadtteil. Ihren Bedürfnissen und Anliegen werden von den Bezirken und vom Senat gar keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt, die an sich vorhandenen Möglichkeiten der Steuerung von Partymeilen werden nicht ansatzweise ausgeschöpft. Der grün-schwarze Senat und einige Bezirksämter handeln nach dem Motto: Her mit den TouristInnen und dem jungen Partypublikum, was kümmern uns die Ortsansässigen!

Ich habe in einer Kleinen Schriftlichen Anfrage den Senat um Angaben zum Komplex »Partystadt Hamburg und die Nöte der Anwohnerschaft« gebeten. Die teilweise pampigen Antworten und die gesamte Anlage der Drucksache – ein kleines Zitat mag das verdeutlichen: »Zu 7. Frage 5: Siehe Antwort zu 7. Frage 4; hinsichtlich wegerechtlicher Fragestellungen s. Antwort zu 7. Frage 4 und zu 6. Frage 4.« – sind aus meiner Sicht ein Skandal. Selbst wenn zur Beantwortung einiger Fragen ein längerer Bearbeitungszeitraum nötig gewesen wäre, so ist die Nichtantwort auf die Fragen z.B. nach der Entwicklung der konzessionierten Vergnügungsstätten in den genannten Straßen und der Zahl bzw. der Einsatzdauer der BehördenmitarbeiterInnen, die regelmäßig die Außengastro-

nomie-Auflagen kontrollieren, schon ein starkes Stück. Eine nochmalige, diesmal Große Anfrage mit vierwöchiger Beantwortungszeit wird die Folge sein.

Die wenigen Aspekte, auf die der Senat konkret geantwortet hat, machen deutlich: es muss die Durchsetzung vorhandener Bestimmungen eingefordert werden. Zum Beispiel heißt es zu den Regelungen für die Außengastronomie, dass beantragte Flächen nur »unter Beachtung einer verbleibenden, mindestens 1,50 Meter breiten, freizuhaltenen Gehwegbreite für Fußgänger und Rollstuhlfahrer« genehmigt werden. Die Betriebszeiten für Außengastronomie sind sonntags bis donnerstags bis 23 Uhr, freitags und samstags sowie vor gesetzlichen Feiertagen bis 24 Uhr begrenzt. Wie wenig diese Regelungen eingehalten werden, war in diesem Sommer u.a.

»Sportstadt Hamburg«

Schon mehrfach habe ich mich in der Bürgerschaft und im Sportausschuss daran abgearbeitet, dass das Hauptkriterium für die zur »Marke« gewordene »Sportstadt Hamburg« nicht darin bestehen darf, welche und wie viele nationale und internationale Meisterschaften hier ausgetragen werden. Dies aber ist der sportpolitische Kurs des Senats. Als es in der Bürgerschaftssitzung am 2. September um nichts anderes als die Verkündung der siegreich ausgegangenen Bewerbung um den Ruder-Welt-Cup 2011 ging, machte die CDU-Fraktion diese Information zum Tagesordnungspunkt unter der – man glaubt es kaum – famosen Überschrift »Die Sportstadt Hamburg ist auf einem guten Weg!«

Ich habe diesen allzu offensichtlichen Versuch, die Mängel der »Sportstadt« (Beschaffenheit der Sportstätten, fehlende Hallen- und Platzkapazitäten, ausfallender Schwimmunterrichts usw.) nicht zur Sprache zu bringen, zum Anlass genommen, den Senat zu fragen, wie viel Geld für die Bewerbung und die Durchführung solcher Meisterschafts-Events ausgegeben wird. Interessant ist an der Senatsantwort, dass es vor 2007 angeblich »keine systematische Erfassung zu den Bewerbungen um nationale und internationale Sportveranstaltungen« gegeben hat. Diesen seltsamen Umstand sollte das Sportamt einmal dem Rechnungshof verklickern, denn schließlich dürfte auch bis 2007 Geld in nicht geringem Umfang dafür ausgegeben worden sein.

Es erfolgt in der Senatsantwort dann eine Aufschlüsselung von Bewerbungen um Sportveranstaltungen, die ab 2010 stattfinden werden. Hier eine Übersicht über die gescheiterten Bewerbungen und was sie gekostet haben:

Ruder World Cup 2010	13.417 Euro (zusammen mit der Bewerbung um die Ruder-Junioren-WM 2011)
Curling WM 2010	2.511,86 Euro
Frauen-Fußball WM 2011	8.163 Euro
Judo WM 2011	40.931 Euro

auf der mit Tischen und Stühlen zugestellten Langen Reihe zu erleben. Ich bin über mehrere Beschwerden von AnwohnerInnen informiert worden, die an Wochenenden wiederholt bis morgens drei oder vier Uhr mit Lärm unter ihren Fenstern zu schaffen hatten.

Auch ich sitze gern einmal an einem lauen Sommerabend draußen in einer Kneipe, darum geht es also nicht. Aber es geht darum, den an und in der Nähe von »Szenestraßen« Wohnenden die normale Nutzung der Bürgersteine zu ermöglichen und sie vor nächtlichem Dauerlärm zu schützen. Dafür gibt es sinnvolle Auflagen und die müssen eingehalten und offenbar mit mehr erforderlichem Personaleinsatz durchgesetzt werden. Das Weggucken, wie es insbesondere das Bezirksamt Mitte praktiziert, ist jedenfalls nicht hinzunehmen.

Schwimm WM 2013	Rd. 1.090.000 Euro (Endabrechnung ist noch nicht erfolgt)
Sommer Universiade 2015 (inkl. Referenzveranstaltungen im Rahmen der Bewerbungskampagne)	Rd. 2.250.000 Euro (Endabrechnung ist noch nicht erfolgt)

Der Antwort war zudem zu entnehmen, welche Sportevents in der Stadt durchgeführt wurden bzw. in näherer Zukunft anliegen. Stattgefunden haben 2007 die Handball-WM (70.000 Euro Kosten für die Stadt), die Triathlon WM (611.591 Euro); 2008 das Beachvolleyball EM-Finale (200.764 Euro), die Studierenden-WM Beach Volleyball (255.890 Euro); 2009 die Studierenden-EM Volleyball (Kosten in der Universiade-Kampagne enthalten – aha). Bereits fest eingeplant sind 2010 das UEFA Europa League Finale (500.000 Euro), die Basketball U17 WM (283.000 Euro), die Deutschen Master-Meisterschaften/Schwimmsportarten (48.000 Euro); 2011 die EM Masters Wasserball (75.000 Euro) und die European Company Sports Games (90.000 Euro).

Hier also gehen die nicht eben üppigen Mittel im Sportbereich hin: 3,4 Mio. Euro sind allein für vergebliche Bewerbungen draufgegangen. Das ist gut die Hälfte dessen, was der Hamburger Sportbund jährlich als Pauschalförderung insgesamt bekommt (6,5 Mio. Euro) – für Hunderttausende Sporttreibende. Ein deutliches Missverhältnis, wie ich finde, wenn auf der einen Seite Millionen Euro für reine Eventveranstaltungen bzw. vergebliche Bewerbungen investiert werden, auf der anderen Seite eine völlig unzureichende Ausstattung des gesamten Sportwesens der Stadt festzustellen ist. Hier müssten deutliche Akzentverschiebungen vorgenommen werden. Wir brauchen eine Erhöhung der Pauschalförderung für den Hamburger Sport sowie den Verzicht auf Gebühren von gemeinnützigen Vereinen für die Nutzung von Sporthallen und -plätzen. Erst wenn diese Umsteuerung zugunsten des Breitensports vollzogen ist, kann man aus meiner Sicht mit Überzeugung von einer »Sportstadt Hamburg« sprechen.

Kulturtipps



Karl Schmidt-Rottluff: Frau mit Handtasche

Im Museum für Kunst und Gewerbe (MKG) am Steintorplatz gibt es eine wunderbare Ausstellung, die der Autorin, Mäzenin, Kunsthistorikerin und -sammlerin Rosa Schapire (1874-1954) gewidmet ist. Aby Warburg bezeichnete sie einmal als »eigenartig grün«, was zum Ausstellungstitel »Rosa. Eigenartig grün« führte.

Früh bekannte sich die aus begüterten Verhältnissen stammende Jüdin zum Internationalismus und zur proletarischen Frauenbewegung, wandte sich vor dem Ersten Weltkrieg der Kunstgeschichte zu und arbeitete u.a. das Werk des bekannten Hamburger Illustrators Hans Speckter auf. Seit 1905 in Hamburg lebend, gehörte sie zu den allerersten Mäzenen und förderte die noch weitgehend unbekanntesten Künstler der »Brücke«. Schapire konzentrierte sich dabei vor allem auf Karl Schmidt-Rottluff.

In den ersten Jahren der Nazi-Zeit sorgte sie dafür, dass jüdische KünstlerInnen überhaupt noch AbnehmerInnen fanden, bis sie dann selbst 1939 nach London emigrieren musste, wo sie 1954 auch verstarb. Die Ausstellung vereinigt erstmals einen Großteil der umfangreichen aus Ankäufen und Schenkungen stammenden Sammlung bedeutender expressionistischer Kunstwerke. Zu sehen sind sie noch bis zum 15. November; der Ausstellungskatalog mit Beiträgen deutscher und



Marina Ginestà, Kämpferin im Spanischen Bürgerkrieg (Foto: Hans Gutmann)

englischer Kunstwissenschaftler kostet 25 Euro. Weitere Infos unter www.mkg-hamburg.de.

Vor 70 Jahren endete der **Spanische Bürgerkrieg** (1936-1939). Aus diesem Anlass findet am **2. Oktober um 19.30 Uhr** im Stadtteiltreff der »ArbeitsGemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit« (AGDAZ) in der Fehlingshöhe 16 eine Veranstaltung unter dem Titel »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker« statt. Es geht um die Internationalen Brigaden, die der spanischen Republik zur Hilfe kamen. Filme werden gezeigt und es gibt einen Vortrag und Musik von »Pepperni« sowie Essen und Trinken. Der Eintritt beträgt 4,50 Euro und schließt ein Getränk ein. Jugendliche, Hartz-IV-EmpfängerInnen, Asylsuchende und Flüchtlinge haben freien Eintritt. Veranstalter sind die AGDAZ und der »Verein der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939«. Näheres unter www.spanienkaempfer.de.

Die »Galerie Morgenland« präsentiert anlässlich des Jahrestages dieses großen antifaschistischen Ereignisses in ihren Räumen in der Sillemstraße 79 am 6. Oktober um 19:30 Uhr einen Vortrag des Historikers Christian Unger zum Thema: »Vor Madrid kämpfen wir um Prag - Feindbilder tschechoslowakischer Spanienkämpfer« (Eintritt 2,50 Euro). Mehr Infos unter www.galerie-morgenland.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittensang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**